



BBU-Pressemitteilung 27.03.2014

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

BBU fordert Ende der Kampagne von Fracking-Lobbyisten aus Politik und Wirtschaft – Politische Parteien müssen Forschungsbohrungen für Fracking klare Absage erteilen

(Bonn, Berlin, 27.03.2014) Als Angriff auf die Umwelt und die Gesundheit der Menschen bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die seit Anfang der Woche andauernde Kampagne von Fracking-Lobbyisten aus politischen Parteien und Wirtschaftskreisen. Politiker von CDU, SPD, FDP sowie der Gaskonzern Exxon hatten die Errichtung und den Betrieb einer Fracking-Demonstrationsanlage ins Gespräch gebracht, um die von der Bevölkerung abgelehnte Technik salonfähig zu machen. Die danach erfolgten Dementis aus der Politik bewertet der BBU als halbherzig und unzureichend. Er fordert die Parteien auf, Probebohrungen und Forschungs-Fracking unverzüglich eine klare und unmissverständliche Absage zu erteilen.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Am Wochenende haben 30.000 Menschen in ganz Deutschland für den Einsatz regenerativer Energiequellen und gegen Fracking demonstriert. Angesichts der immer stärker werdenden öffentlichen Ablehnung der Fracking-Technik sehen Gaskonzerne und Fracking-Lobbyisten jetzt ihre Felle davonschwimmen und wollen Profit aus der Krim-Krise schlagen. Mittels einer durchsichtigen Kampagne soll Fracking auf Biegen und Brechen gegen den Willen der Bevölkerung auf den Weg gebracht werden. Jegliche Pläne zur Durchsetzung von Fracking werden jedoch auf den konsequenten Widerstand der Umweltbewegung stoßen, unabhängig davon, ob es sich um industrielle Förderung oder Demonstrationslagen handelt. Dabei wird sich die Umweltbewegung auch vom neuesten Pro-Fracking-Einsatz des US-Präsidenten Obama nicht beeindruckt lassen.“

Bisher lässt der Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU auf Bundesebene Forschungsbohrungen zu. In Nordrhein-Westfalen wurden von Vertretern der SPD/GRÜNEN Landesregierung in der Vergangenheit Forschungsvorhaben ins Gespräch

Spendenkonto
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98
Konto 19 002 666
IBAN DE62 3705 0198 0019 002666
BIC COLSDE33

Geschäftskonto
Sparkasse Köln/Bonn
BLZ 370 501 98
Konto 19 001 965
IBAN DE74 3705 0198 0019 001965
BIC COLSDE33

Vereinsregister
Bonn VR 5404
Steuernummer
205/5760/0256
Spenden und Mitgliedsbeiträge
sind steuerlich abzugsfähig.

Anerkannt nach § 3 UmwRG

AKTIV FÜR UNSERE UMWELT.

gebracht. Und auch die Äußerungen der politischen Parteien aus den letzten Tagen schaffen keine Klarheit oder gehen sogar in die falsche Richtung.

Der BBU kritisiert insbesondere, dass die Presserklärungen der NRW-Landtagsfraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN aus dieser Woche äußerst vage sind und die Problematik der Forschungsbohrungen konsequent ausklammern. Die FDP bekennt sich sogar eindeutig zum Forschungs-Fracking. Und die Pressemitteilung des stellvertretenden umweltpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Frank Schwabe, ist kein Kontrapunkt zu den Interessen der Gaskonzerne, sondern ein Plädoyer für Forschungsbohrungen unter Auflagen.

Daher fordert Oliver Kalusch: „Die Politik darf nicht länger lavieren, sondern muss angesichts der sich zuspitzenden gesellschaftlichen Debatte Forschungsbohrungen eine klare Absage erteilen. Die Bevölkerung hat einen Anspruch darauf, dass die Politiker sich nicht den Interessen der Gaskonzerne beugen. Sie müssen vielmehr Experimente mit den natürlichen Lebensgrundlagen und der Gesundheit der Menschen konsequent untersagen.“

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter www.bbu-online.de; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO2-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.